



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

MARIO CANDEIAS

**EINE PARTEI
MIT ZUKUNFT:
DIE LINKE**

Ergebnisse einer repräsentativen
Befragung im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung zum
Wähler*innenpotenzial der LINKEN

Die Daten wurden in einer großen repräsentativen Umfrage vom Meinungsforschungsinstitut Kantar (ehemals Emnid) im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zwischen dem 5. und 12. April erhoben.¹ Methode: computergestützte telefonische Interviews über Festnetz und Mobilfunk (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing). Befragt wurden 2.300 Personen in Ost und West. Die Erhebung arbeitet mit doppelt so hohen Fallzahlen wie üblich, um die Validität zu erhöhen und das Realpotenzial zu erfassen. Die Prozentzahlen im Text beziehen sich jeweils auf dieses erhobene Realpotenzial. Letzteres umfasst Befragte, die sich vorstellen können, die Partei DIE LINKE zu wählen, es teilweise tun, teilweise aber eben derzeit nicht tun oder andere Parteien bevorzugen, aber grundsätzlich für diese Option weiterhin offen sind. Die Auswertung erfolgte auf der Basis der von Kantar erhobenen Daten durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Die Befragung fand also nach Beginn des Krieges in der Ukraine statt, aber vor der zugespitzten #MeToo-Debatte in der LINKEN.

FÜR EILIGE LESER*INNEN

1. **Potenzial der LINKEN noch immer bei 18 Prozent, also fast einem Fünftel der Wahlberechtigten.** Das entspräche etwa 10,8 Millionen Wahlberechtigten, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen – und dies nicht nur in Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen. Ihr **höchstes Potenzial** hat DIE LINKE weiter **bei Personen mit niedrigem Einkommen**: Leben sie in Haushalten mit einem Nettomonatseinkommen bis 1.500 Euro, sind es 22 Prozent, bei Haushalten mit einem Einkommen bis 2.500 Euro sind es 24 Prozent.

2. **Ausschlaggebend** für eine mögliche Wahl der LINKEN sind die folgenden Zuschreibungen: das **«hohe soziale Engagement»** der Partei und ihr **«Einsatz für soziale Gerechtigkeit»** (31%). Ein weiterer wichtiger Grund für die Wahl (mit einigem Abstand zum sozialen Engagement) sind **«gute Konzepte»**. **«Gute Politiker*innen»** folgt erst auf Platz drei. DIE LINKE gilt also weiterhin als eine Partei der (sozialen) Praxis und wird für ihre spezifische programmatische Ausrichtung geschätzt.

3. Maßnahmen zur **Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit** in Deutschland betrachten potenzielle Wähler*innen der LINKEN (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) auffällig häufig als **eher wichtig oder sehr wichtig**.

4. Fast ebenso wichtig sind potenziellen Wähler*innen der LINKEN **Maßnahmen zum Schutz des Klimas in Verbindung mit einem sozialen Ausgleich**. **Am stärksten** werden solche sozial-ökologischen Forderungen erneut **von Geringverdiener*innen** mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von bis zu 1.500 Euro befürwortet. Es ist also nicht so, dass die sozial-ökologische Transformation eine Frage der urbanen Mittelschichten mit guten Einkommen (sog. Besserverdienende) wäre, sondern eine Klassenfrage, die von den Ärmsten auch als solche betrachtet wird. Debatten, Forderungen, Programmpunkte und Projekte, die die ökologische mit der sozialen Frage verbinden, können also potenziell mehr leisten, um Wähler*innen zu binden.

Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der potenziellen Wähler*innen der LINKEN wünscht sich demnach von der Partei, sie solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandeln (und dies unabhängig von der Größe ihres Wohnorts).

Der Forderung, angesichts der ökologischen Krise der Klimapolitik einen Vorrang einzuräumen, stimmten nur 8 Prozent zu (mit 19% sind es vor allem die 50- bis 59-Jährigen, die dies befürworten, sowie mit 21% diejenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro). 24 Prozent wünschen sich von der Partei, sie solle sich vor allem für soziale Reformen einsetzen. Es spricht also viel dafür, systematischer an der Entwicklung und Darstellung verbindender Positionen zu arbeiten.

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden stärker von denjenigen unterstützt, die Gewerkschaften angehören. Der Position, die Partei solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz gleichrangig voranbringen, also das Soziale und das Ökologische systematisch miteinander verbinden, stimmten Gewerkschaftsmitglieder mit 65 Prozent zu (gegenüber 60% der Nicht-Mitglieder).

5. Dass DIE LINKE für **mehr Sozialismus** eintreten soll, dem stimmen 54 Prozent der potenziellen Wähler*innen zu, und dies quer zu den Einkommensklassen. Vor allem Frauen unterstützen diese Ausrichtung mit 63 Prozent. Je jünger die Befragten sind, desto häufiger stimmen sie dieser Forderung zu (bei den U40: 71%). Dass DIE LINKE stärker für eine Alternative zum Kapitalismus eintreten soll, dafür sprechen sich Gewerkschafter*innen mit 76 Prozent viel deutlicher aus als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Bei der Forderung nach mehr Sozialismus ist das Verhältnis 62 zu 53 Prozent.

Siehe zu den Befragungsergebnissen auch die nachfolgenden Grafiken.

Fazit: Es ist also durchaus ein **stabiles Potenzial für eine sozial-ökologisch ausgerichtete linke Partei mit sozialistischer Perspektive vorhanden, entsprechende Konzepte und Kampagnen vorausgesetzt.** Die Ausschöpfung dieses Potenzials gelingt bisher nicht. Damit dies möglich wird, müssen zunächst die parteiinternen Probleme gelöst und die harten internen Auseinandersetzungen befriedet werden. Nur so können Ausstrahlungskraft und Glaubwürdigkeit gemeinsam zurückgewonnen werden.

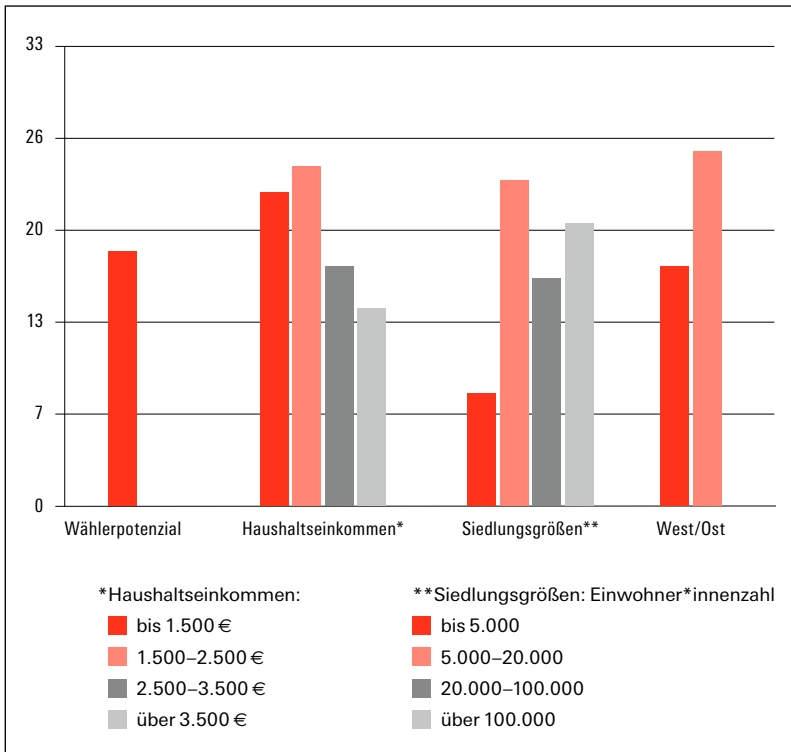
INHALT

1	LINKES Wähler*innenpotenzial immer noch bei 18 Prozent	4
2	Ausschlaggebend für die Wahl: soziales Engagement und gute Konzepte	7
3	Wichtigste drei Themen: Ungleichheit, Klimawandel und Pflegenotstand	10
4	Was wirkt gegen Ungleichheit und Klimawandel?	14
4.1	Maßnahmen gegen Ungleichheit: besonders hohe Zustimmung quer durch alle Einkommens- und Altersklassen	14
4.2	Sozial-ökologische Maßnahmen gegen Klimawandel: Unterstützung vor allem von Geringverdiener*innen	16
5	Klimaschutz oder gute Arbeit und Beschäftigung? Ein Gegensatz? Die Mehrheit der Befragten sagt: Nein	20
6	Was sind die wichtigsten Gründe, DIE LINKE nicht zu wählen?	22
7	Unterschiede zwischen Ost und West: Gefälle bei Renten, Einkommen und Vermögen	25
8	Alternativen zum Kapitalismus und mehr Sozialismus?	27
	Fazit	28

1 LINKES WÄHLER*INNEN- POTENZIAL IMMER NOCH BEI 18 PROZENT

Das **Wähler*innenpotenzial der LINKEN liegt immer noch bei 18 Prozent, also bei fast einem Fünftel der Wahlberechtigten.** Das entspräche etwa 10,8 Millionen Wahlberechtigten, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen – und dies **nicht nur in den Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen. Ihr höchstes Potenzial hat DIE LINKE weiter bei Haushalten mit niedrigem Einkommen:** Bei Haushalten mit Nettomonatseinkommen von bis zu 1.500 Euro sind es 22 Prozent und bei solchen mit Einkommen von bis zu 2.500 Euro 24 Prozent.

Abbildung 1: Wähler*innenpotenzial der LINKEN



Exemplarische **O-Töne**¹ aus der offenen Befragung dazu, warum sich Wähler*innen für DIE LINKE entscheiden (würden): «Weil sie einfach eine Arbeiterpartei sind, kann ich mich damit am ehesten identifizieren, weil ich auch im Arbeitsleben stehe.» «Die engagieren sich eher als andere Parteien, sozial und auch sonst.»

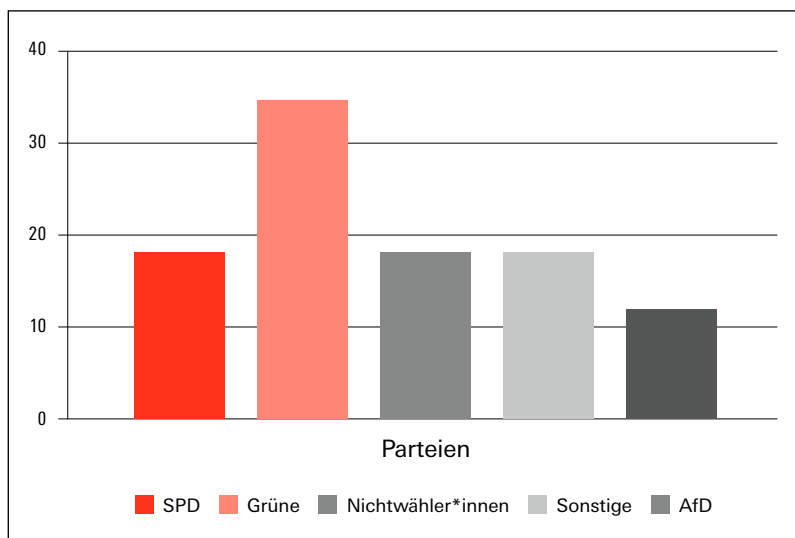
Der Grund, DIE LINKE setze sich **«für die kleinen Leute»** ein, wird häufig in Verbindung mit anderen politischen Themen und Haltungen genannt: «Die können vielleicht etwas besser machen, [etwa für] Flüchtlinge und Arbeitslose und allgemein.» «Die treten für Minderheiten und die kleinen Leute ein.» «Weil die für die Inklusion von Flüchtlingen sind. Ich würde sie wählen, um die rechte Seite nicht zu stärken. Und weil sich DIE LINKE für Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt.»

Unter den Wähler*innen der SPD können sich 18 Prozent vorstellen, DIE LINKE zu wählen, unter den Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen sind es sogar 35 Prozent. Unter denen, die bei der vergangenen Bundestagswahl nicht zur Wahl gegangen sind, liegt das Potenzial bei 18, bei Wähler*innen der AfD bei 12 Prozent. Zu sonstigen Kleinparteien neigen immerhin 18 Prozent.

Die größten Überschneidungen beim Wählerpotenzial gibt es offensichtlich mit Bündnis 90/Die Grünen. Diese gegenüber der LINKEN offenen Grün-Wähler*innen teilen auffällig stark die sozialpolitischen und (weniger überraschend) sozial-ökologischen Forderungen der LINKEN und zwar noch stärker als die zur Wahl der LINKEN Entschiedenen (siehe unten). Es gibt also ein linkes sozial-ökologisches Potenzial, das bisher stärker von den Grünen ausgeschöpft wird, aber bereit wäre, DIE LINKE zu wählen. Diese Klientel wird teilweise auch von den neueren Kleinparteien bedient (Die PARTEI, Volt, Klimaliste etc.; in Abb. 2 nur unter Sonstige aufgeführt).

1 O-Töne aus der Befragung dienen der Illustration. Sie sind jenseits der quantitativen Clustering nicht repräsentativ, sondern exemplarisch zu lesen.

Abbildung 2: DIE LINKE als Wahloption für Anhänger*innen anderer Parteien



O-Töne aus der offenen Befragung: Für viele ist die programmatische Nähe der entscheidende Grund, DIE LINKE als Option zu betrachten: «Es gibt eine große Überschneidung der Wahlprogramme von SPD und den LINKEN.» «Traditionsgemäß bin ich aber noch bei der SPD.» Auch taktische Begründungen sind zu finden: «Ich habe doch SPD gewählt, damit die CDU-Clique abgewählt wurde.» Fast wortgleich zur programmatischen Nähe aus anderer Richtung: «Es gibt große Überschneidungen der Programme von GRÜNEN und LINKEN.» Oder: «Die ausgewogene Sozialpolitik und ihre Umweltpolitik – das verbindet sie mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen.»

Zwischenfazit: Während Geringverdiener*innen (mit 22 bzw. 24%) ein relativ großes Wähler*innenpotenzial darstellen, gehen ebenjene besonders selten zur Wahl (Stichwort: asymmetrische Wähler*innenmobilisierung). Moderne Facharbeiter*innen, «systemrelevante» Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst (soziale Infrastrukturen) und vor allem gut ausgebildete junge Menschen in urbanen, sozial-ökologischen Milieus bilden ebenfalls ein starkes Wähler*innenpotenzial für DIE LINKE, zeigen aber ein sehr taktisches Wahlverhalten. Auf diese Weise ist die Stammwählerschaft der LINKEN zu klein geworden, was danach verlangt, das vorhandene Wähler*innenpotenzial in Zukunft viel stärker auszuschöpfen.

2 AUSSCHLAGGEBEND FÜR DIE WAHL: SOZIALES ENGAGEMENT UND GUTE KONZEPTE

Ausschlaggebend für eine mögliche Wahl der LINKEN sind folgende Zuschreibungen: erstens das **«hohe soziale Engagement» der Partei** und ihr Einsatz für **«soziale Gerechtigkeit»** (31 %), gefolgt von zweitens **«guten Konzepten»** (22 %) sowie drittens «guten Politiker*innen» (13 %) und viertens «Übereinstimmung mit den eigenen Einstellungen» (12 %). DIE LINKE gilt also weiterhin als eine Partei der (sozialen) Praxis und wird für ihre spezifische programmatische Ausrichtung geschätzt.

Das soziale Engagement ist den Befragten über 60 Jahre besonders wichtig (46 %). Personen mit Abitur halten das soziale Engagement nur ein wenig seltener für wichtig als solche mit mittlerer oder einfacher Bildung. Anders bei den «guten Konzepten»: Diese finden Menschen mit Abitur zu 30 Prozent ausschlaggebend, Menschen mit einfacherer formaler Bildung zu 10 Prozent. Menschen, die jünger als 29 Jahre sind, nennen zu 30 Prozent die «guten Konzepte» als Hauptgrund für die Wahl der LINKEN, Befragte über 60 Jahre nur zu 14 Prozent.

Bei den unter 29-Jährigen sticht auch der Wert für «Übereinstimmung mit den eigenen Einstellungen» hervor, der hier bei 29 Prozent liegt (Durchschnittswert bei der Befragung: 12 %). Die Antwort «gute Politiker*innen» kommt hier nur auf 4 Prozent Zustimmung (Durchschnittswert: 13 %), bei den 30- bis 39-Jährigen allerdings auf überdurchschnittliche 29 Prozent und bei den Befragten mit einem einfachen formalen Bildungsabschluss auf 25 Prozent. Frauen nennen «gute Politiker*innen» überdurchschnittlich häufig (zu 20 %) als Wahlgrund, Männer unterdurchschnittlich häufig (zu 7 %).

Bei denen, die sich die Wahl der LINKEN vorstellen können, sich aber bei der Bundestagswahl 2021 für die SPD entschieden haben, sind die «guten Konzepte» weniger ausschlaggebend als bei denen, die allgemein eine Präferenz für die SPD angeben.

Als **Interessenvertretung** verstehen DIE LINKE nur 11 Prozent, auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern ist dieser Wert nur durchschnittlich. Allerdings bewerten SPD-Wähler*innen DIE LINKE überdurchschnittlich oft als Interessenvertretung. Bei Befragten mit einem geringen Haushaltsnettoeinkommen ist die Wahrnehmung, DIE LINKE diene der eigenen Interessenvertretung, nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Überdurchschnittlich häufig stimmen Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 und 2.500 Euro jedoch der Aussage zu, DIE LINKE sei «nah an der Bevölkerung».

Befragte, die 2021 nicht an der Bundestagswahl teilgenommen haben (**Nichtwähler*innen**), nennen die «guten Konzepte» überdurchschnittlich häufig als etwas, das aus ihrer Sicht für die Wahl der LINKEN spricht (28%; bei den LINKE-Wähler*innen sind es 27%).

Exemplarische **O-Töne** zum Thema aus der offenen Befragung: Auch hier zeigt sich als häufigster Wahlgrund für DIE LINKE ihr Engagement für **soziale Gerechtigkeit**: «Ich wähle sie wegen der Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich.» Oder: «Weil sie [die Partei DIE LINKE] sozialer ist als die anderen.» «Die sind **für die kleinen Leute** da, das gefällt mir sehr gut.» «DIE LINKE ist die Partei, die sich für den kleinen Bürger einsetzt, für jeden.» «DIE LINKE ist sozial und hat für die Kleinen noch was übrig und kämpft für die. Das findet man bei den anderen jetzt nicht mehr. Früher war das ja auch bei der SPD so.» «Aus dem Bauch heraus: Die sind für uns da.» «Die sind **bürger nah** geworden.» «Ich finde, die LINKEN repräsentieren mehr die Wünsche der Mehrheit der Leute. Ich bin nicht links, aber die LINKEN tragen eher zu meinem politischen Denken bei, von ihren politischen Zielen her.»

«Ein sehr großer Punkt ist die **Pflege**, nur die Partei DIE LINKE möchte für soziale Arbeitsbereiche eine faire Vergütung schaffen.» «Ich wähle die wegen der Positionen zum Gesundheitswesen, zur sozialen Gerechtigkeit, zum Datenschutz, zu Umweltschutz und zur internationalen Rolle Deutschlands.» «Sie hatten einfach das beste Programm für Menschen mit Behinderungen.» Frauen betonen: «Ich würde DIE LINKE wählen, weil die für meine Interessen als Frau und Studentin am meisten tun.» Wegen «ihrer klaren Haltung zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, ihrer Haltung in der Flüchtlingspolitik».

Immer wieder wird die **klare Positionierung** und **Verlässlichkeit** der Partei betont: «Weil sie **Standhaftigkeit** beweisen.» Und vielfach, «weil sie Haltung zeigen». «Man hat das Gefühl, sie sind **ehrlich** mit uns.» «Die be-

fassen sich mehr mit den Menschen und nicht so sehr mit Funktionären, so wie das andere Parteien tun.» «DIE LINKE hat sich nie gescheut, Probleme anzupacken, die sonst unter dem Tisch gehalten werden.» «Weil sie auch mal die Finger in die Wunde legt und kritisch hinterfragt und **nicht wie alle anderen** ist.»

Zum **Gebrauchswert** der LINKEN heißt es immer wieder: «Es braucht eine linke Opposition.» Die machen «Opposition mit Vernunft». «Die anderen Parteien sind zu lange an der Macht. DIE LINKE ist weniger korrupt, nicht so ins System eingebunden, frisches Blut.»

Profanere Begründungen für die Option, DIE LINKE zu wählen, lauten: «Weil es die am wenigsten beschissene Partei ist. Es ist die Partei, die am meisten meine persönlichen menschlichen Werte vertritt und sich am wenigsten von anderen Parteien und deren Meinungen umstimmen lässt.» Oder sehr knapp: «Geringstes Übel.»

Personen spielen dieser Befragung zufolge für eine Wahlentscheidung **kaum eine Rolle**: Nur dreimal wird der Name Sahra Wagenknecht genannt, je einmal Gregor Gysi («toller Typ»), Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow.

3 WICHTIGSTE DREI THEMEN: UNGLEICHHEIT, KLIMA- WANDEL UND PFLEGE- NOTSTAND

Maßnahmen gegen die Verringerung der **Einkommens- und Vermögensungleichheit** in Deutschland werden von den potenziellen Wähler*innen der LINKEN (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) **am häufigsten als eine der drei wichtigsten Forderungen** der LINKEN genannt (52%). Auf Platz zwei folgt «**Klimawandel aufhalten**» (44%; bei den 50- bis 59-Jährigen sprachen sich nur 29% dafür aus, bei den über 60-Jährigen wiederum 44% und bei den unter 30-Jährigen 61%; hier zeigt sich eine generationelle Differenz, die sich jedoch nicht in Alt versus Jung auflösen lässt).

Jenseits der allgemeinen Fragen von Ungleichheit und Klimapolitik sind für die Befragten **konkrete soziale und ökologische Forderungen** von besonderem Interesse. Insbesondere die **Beseitigung des Pflege-notstands** sticht mit einer Zustimmung von 43 Prozent hervor (bei den 40- bis 49-Jährigen sogar 70%), etwas weniger Zustimmung erhält die Forderung «**Krankenhäuser nur noch gemeinnützig führen**» (31%; in Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohner*innen: 59%). Darüber hinaus ist der Wunsch nach einer **Senkung der Mieten** (39%) von großer Bedeutung ebenso wie die **Förderung des öffentlichen Nahverkehrs** (39%; übrigens gleich hoch über alle Siedlungsgrößen, mit 48% etwas stärker vertreten in kleinen Orten mit einer Bevölkerung zwischen 5.000 und 20.000) sowie eine **garantierte Mindestsicherung** in Höhe von 1.200 Euro pro Monat (36%).

Für **Menschen mit geringem Haushaltseinkommen** (unter 1.500 Euro im Monat) sind die folgenden Forderungen am wichtigsten: «soziale Ungleichheit verringern» (66%), «Mieten senken» (49%) und eine «garantierte Mindestsicherung» von 1.200 Euro (42%). Im Einkommenssegment zwischen 1.500 und 2.500 Euro sind es die Forderungen bzw. Themen «Pflegenotstand beheben» (54%), «Mieten senken» und «öffentlichen Nahverkehr fördern» (jeweils 45%). «Klimawandel aufhalten» kommt bei beiden Einkommensgruppen auf Platz vier (mit 37 bzw. 41% Zustimmung), bei Haushaltseinkommen zwischen 1.500 und 2.500 Euro liegt diese Forderung gleichauf mit «soziale Ungleichheit verringern». Be-

sondere Bedeutung hat der Klimaschutz jedoch für Befragte mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 3.500 Euro (51 %) und mit einem Haushaltseinkommen zwischen 2.500 und 3.500 Euro (57 %). Blicken wir jedoch auf konkrete Forderungen zum Schutz des Klimas (siehe Kap. 4.2), zeigt sich ein anderes Bild: Die klassenspezifische Differenz an diesem Punkt verliert an Bedeutung, sobald die soziale und ökologische Frage praktisch miteinander verbunden werden. Forderungen und Projekte, die dieses leisten, erhalten die größte Unterstützung gerade von Geringverdiener*innen.

Auffällig ist: Die Forderung «Klimawandel aufhalten» liegt bei Befragten, die in urbanen Regionen mit über 100.000 Einwohner*innen wohnen (52%) oder in Ortschaften mit unter 5.000 Einwohner*innen (49%), hoch im Kurs, weniger in Klein- und Mittelstädten (hier betragen die Zustimmungswerte nur 25 bzw. 27%).

Bei den potenziellen LINKE-Wähler*innen, die bei der Bundestagswahl **Bündnis 90/Die Grünen** gewählt haben, sticht wenig überraschend die Forderung «Klimawandel aufhalten» mit einer Zustimmung von 73 Prozent besonders heraus (hohe Werte erhalten bei ihnen auch die Forderungen «den öffentlichen Nahverkehr stärken» und «Ungleichheit verringern»). Wenn die sozial-ökologische Frage also nicht ernst genommen wird, drohen (wieder) potenzielle Stimmverluste zugunsten der Grünen. Bei Befragten mit einer Präferenz für die **SPD** liegt die Forderung «Pflegetnotstand beheben» vorn (66%), gefolgt von «Klimawandel aufhalten» (54%) und «Ungleichheit verringern» (46%). Bei Befragten, die sonst keine andere Partei unterstützen und lieber nicht wählen würden, dominieren wenig überraschend soziale Themen (Ungleichheit: 61 %, Mieten: 53%). Daraus ergibt sich, dass DIE LINKE **sozial- und ökologische Forderungen systematisch miteinander verknüpfen** muss und es nicht ausreicht, dafür einzutreten, dass (von anderen geforderte und umgesetzte) klimapolitische Maßnahmen sozialpolitisch abgedeckt werden.

Abbildung 3: Wichtigste Themen für potenzielle Wähler*innen der LINKEN

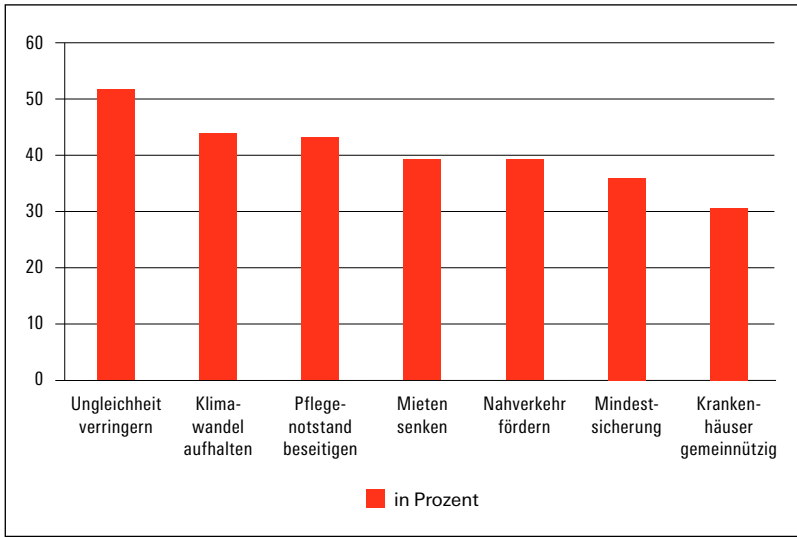


Abbildung 4: Wichtigste Themen für die Geringverdiener*innen unter den potenziellen Wähler*innen der LINKEN

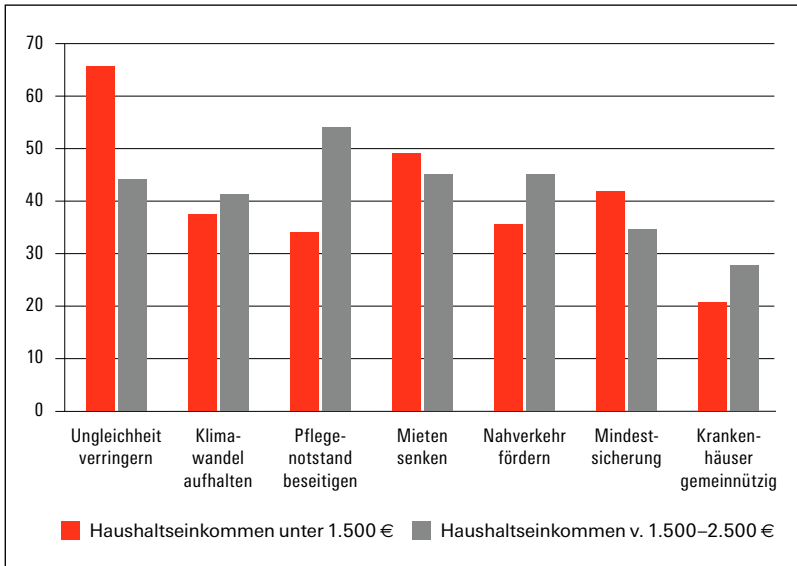
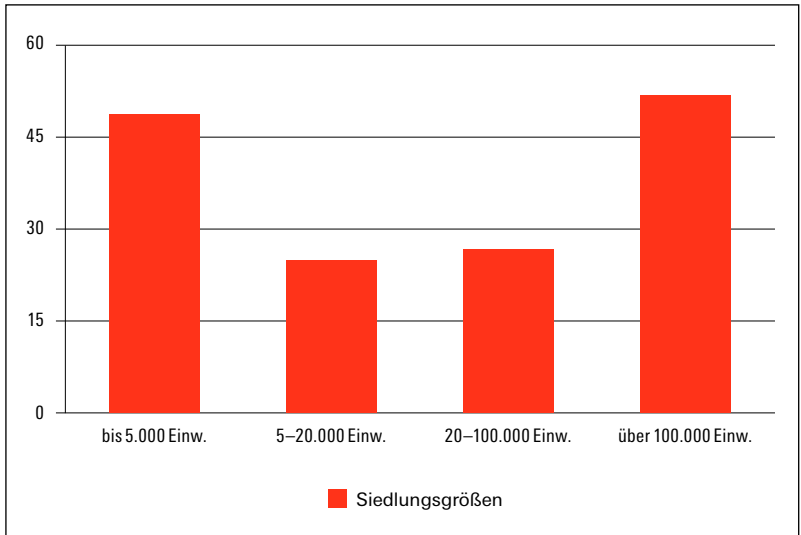


Abbildung 5: Zustimmungswerte für Klimaschutzmaßnahmen unter potentiellen Wähler*innen der LINKEN nach Größe des Wohnorts



Ein Zitat aus der offenen Befragung fasst es folgendermaßen zusammen: DIE LINKE stehe für «eine gerechte Verteilung von Steuern, Einführung einer Reichensteuer, die Schere zwischen Arm und Reich verkleinern und bezahlbaren Wohnraum schaffen». Andere gaben an, DIE LINKE wählen zu wollen, weil sie der Meinung sind, «dass wir zu viel Wirtschaftsnähe in Deutschland haben».

Zentral ist die Verbindung der drei großen Politikbereiche Soziales, Umwelt und Frieden.² «Weil DIE LINKE das Klimaschutzthema besser in Angriff nimmt als die Regierung und wegen der sozialen Gerechtigkeit.» Oder: «Weil die eine gute Energiepolitik haben und die Partei inklusiv ist. Die Partei ist gegen Krieg.» Oder auch: «Weil sie sich um die Umwelt sorgt.»

2 Frieden wurde als Thema nicht eigens abgefragt, tauchte aber bei der offenen Befragung vielfach auf.

4 WAS WIRKT GEGEN UNGLEICHHEIT UND KLIMAWANDEL?

4.1 MASSNAHMEN GEGEN UNGLEICHHEIT: BESONDERS HOHE ZUSTIMMUNG QUER DURCH ALLE EINKOMMENS- UND ALTERSKLASSEN

Konkrete Maßnahmen gegen die Verringerung von Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland betrachten potenzielle Wähler*innen der LINKEN (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) auffällig häufig als **eher wichtig oder sehr wichtig** (die Forderung nach Bekämpfung der Einkommensungleichheit unterstützen 89%, die nach einer Verringerung der Vermögensungleichheit 78%). Besonders hoch sind die diesbezüglichen Werte bei potenziellen LINKE-Wähler*innen mit einer Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen (92 bzw. 95%; bei den SPD-Wähler*innen sind es nur jeweils 84%, während es bei unterschiedlichen LINKE-Wähler*innen 93 bzw. nur 70% sind).

Für eine **bessere Schulausbildung und Kinderbetreuung** zu sorgen und somit zu einer Verringerung von Ungleichheit in Deutschland beizutragen, halten **89 Prozent** der potenziellen Wähler*innen der LINKEN für **wichtig oder sehr wichtig** (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen; bei Bewohner*innen von kleineren Ortschaften mit einer Bevölkerung zwischen 5.000 und 20.000 sind es jedoch nur 64%).

Die **Erhöhung des Mindestlohns** zur Senkung der Ungleichheit betrachten **87 Prozent als wichtig oder sehr wichtig** (eine besonders hohe Zustimmung gibt es dazu von Personen in Haushalten mit einem Monatseinkommen von unter 1.500 oder von über 3.500 Euro).

Den **Bau günstiger Mietwohnungen** zu unterstützen halten **86 Prozent** der potenziellen Wähler*innen der LINKEN **für wichtig oder sehr wichtig** (übrigens quer zu allen Siedlungsgrößen, Alters- und Einkommensklassen). Noch stärker als für unterschiedliche Wähler*innen der LINKEN (80%) gilt dies für Wähler*innen mit einer Neigung zur SPD (91%) und zu Bündnis 90/Die Grünen (90%) sowie für Nicht-Wähler*innen (90%).

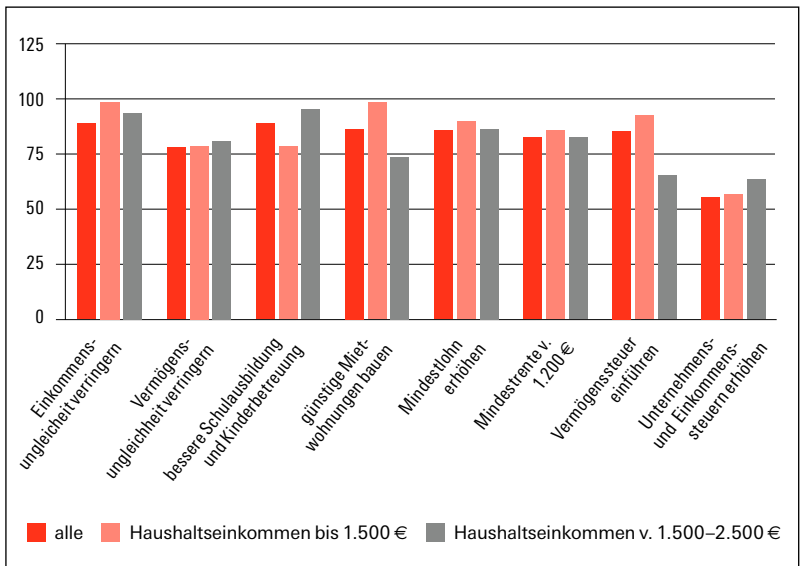
Eine **Mindestrente von 1.200 Euro monatlich einzuführen** betrachten **83 Prozent** der potenziellen Wähler*innen der LINKEN **als wichtig oder**

sehr wichtig (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen). Besonders bisherige Nicht-Wähler*innen stimmen dieser Forderung zu (91 %).

Die **Einführung einer Vermögenssteuer** halten (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) **76 Prozent für wichtig oder sehr wichtig**. Besonders hoch sind die Werte bei den potenziellen LINKE-Wähler*innen mit einer Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen (88%; bei denen mit einer SPD-Präferenz sind es nur 80 %). Bei den entschiedenen LINKE-Wähler*innen beträgt der Zustimmungswert 93 Prozent.

Eine **Erhöhung der Unternehmens- und Einkommenssteuern** zur Verringerung von Ungleichheit in Deutschland finden 56 Prozent der potenziellen Wähler*innen der LINKEN **wichtig oder sehr wichtig**, dies gilt **insbesondere für junge Wähler*innen unter 30 Jahren** (70%; etwas unter dem Durchschnitt liegen Personen mit einem Haushaltseinkommen von über 3.500 Euro mit einem Zustimmungswert von 49%). Entschiedene Wähler*innen der LINKEN und potenzielle LINKE-Wählerinnen mit Neigung zu Bündnis 90/Die Grünen vertreten diese Position etwas entschiedener (68% bzw. 70%), bei Wähler*innen mit einer Neigung zur SPD sind es 45 Prozent, bei Nicht-Wähler*innen 52 Prozent.

Abbildung 6: Verteilung der Zustimmungswerte zu Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit



4.2 SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MASSNAHMEN GEGEN KLIMAWANDEL: UNTERSTÜTZUNG VOR ALLEM VON GERINGVERDIENER*INNEN

Den **öffentlichen Nahverkehr und die Bahn auszubauen** sehen **86 Prozent als richtige oder sehr richtige Maßnahme** zum Schutz des Klimas und für den sozialen Ausgleich (die hohe Zustimmung gilt für alle Alter- und Einkommensklassen). **99 Prozent der Wähler*innen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro stimmen dieser Forderung zu.** Auch über die Siedlungsgrößen hinweg findet sich hier eine breite Zustimmung: Die Abweichungen liegen hier weniger zwischen ländlichem Raum und (Groß-)Städten als zwischen Orten mit bis zu 5.000 Einwohner*innen (100% Zustimmung) und Orten mit einer Bevölkerung zwischen 5.000 und 20.000 (nur 51 % Zustimmung). Bei den größeren Städten liegen die Zustimmungswerte überall um die 90 Prozent. Potenzielle LINKE-Wähler*innen, die ansonsten eher Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen sind, stimmen dieser Maßnahme mit 96 Prozent wieder überdurchschnittlich häufig zu, entschiedene LINKE-Wähler*innen zu 93 Prozent, SPD-Wähler*innen immer noch zu 87 Prozent. Auf Platz eins rangiert auch hier die Forderung nach einem Ausbau von Bahn und ÖPNV.

Die **kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs** betrachten **79 Prozent als richtige oder sehr richtige Maßnahme** zum Schutz des Klimas und für den sozialen Ausgleich, bei den unter 30- und unter 40-Jährigen sind es sogar 95 bzw. 90 Prozent. Kostenfreier ÖPNV hat die stärkste Unterstützung in Siedlungen mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen, in Gemeinden mit unter 5.000 Einwohner*innen sind es immerhin noch 72 Prozent. Damit landet diese Forderung in kleineren Ortschaften auf Rang zwei. Auf Platz eins rangiert auch hier der Ausbau von Bahn und ÖPNV (siehe oben). Es wird deutlich: Kostenfreien ÖPNV und Ausbau des Schienenverkehrs gegeneinanderzustellen ergibt – wenn es darum geht, neue Linkswähler*innen zu gewinnen – keinen Sinn. Befragte mit einem **Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro im Monat befürworten einen entgeltfreien ÖPNV mit 95 Prozent überdurchschnittlich oft**, aber auch Wähler*innen mit einem Einkommen von über 3.500 Euro (88%). Auch Nicht-Wählerinnen betrachten diese Maßnahme mit 79 Prozent als richtig oder sehr richtig. Potenzielle LINKE-Wähler*innen, die ihre Stimme eher Bündnis 90/Die Grünen geben, befürworten diese Maßnahme (was wenig überraschend ist) zu 87 Prozent, entschiedene LINKE-Wähler*innen zu 89 Prozent, SPD-Wähler*innen, die offen gegenüber der Linkspartei sind, immerhin noch zu 86 Prozent.

Den **Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben und aus der Kohle auszusteigen** sehen **73 Prozent** über die verschiedenen Siedlungsgrößen hinweg **als richtige oder sehr richtige Maßnahme** zum Schutz des Klimas. Dies gilt vor allem für Wähler*innen unter 40 Jahren (95 %) bzw. unter 30 Jahren (84 %) sowie über 60 Jahren (81 %). Zwar gibt es auch leicht überdurchschnittliche Zustimmungswerte bei höheren Haushaltseinkommen, die größere **Differenz** ist jedoch eine **generationelle**: Die 40- bis 59-Jährigen messen dieser Maßnahme nämlich etwas weniger Bedeutung zu (56 % bzw. 40 %). Potenzielle LINKE-Wähler*innen, die eher Bündnis 90/Die Grünen ihre Stimme geben, stimmen dieser Maßnahme wenig überraschend zu 98 Prozent zu, während entschiedene LINKE-Wähler*innen sie mit 84 Prozent befürworten (SPD-Wähler*innen zu 85 %).

Ein **Programm zur Schaffung einer Million klimaneutraler und gut bezahlter Arbeitsplätze** schätzen **71 Prozent** als **richtige oder sehr richtige Maßnahme** zum Schutz des Klimas und für den sozialen Ausgleich ein. **Vor allem Geringverdiener*innen mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro monatlich befürworten diese Maßnahme** (zu 90 %). Von den Wähler*innen, die bislang eher die SPD wählen, befürworten sogar 85 Prozent diese Maßnahme, bei jenen, die zu Bündnis 90/Die Grünen neigen, sind es hingegen nur 60 Prozent. Auch Nicht-Wähler*innen, die offen gegenüber der LINKEN sind, stimmen dieser Maßnahme mit 75 Prozent überdurchschnittlich häufig zu.

Die **Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen** befürworten immerhin **59 Prozent stark oder sehr stark** als Maßnahme zum Schutz des Klimas, Frauen (mit 64 %) mehr als Männer (55 %). Wähler*innen über 60 befürworten zu 77 Prozent ein Tempolimit. Eine Differenz ergibt sich hinsichtlich der Haushaltseinkommen: **Die ärmeren Haushalte befürworten ein Tempolimit deutlich stärker** (bis 1.500 Euro: zu 78 %, bis 2.500 Euro: zu 61 %), bei Einkommen zwischen 2.500 und 3.500 Euro sind es nur 43 Prozent (Höherverdienende sind dann mit 55 % wieder deutlich häufiger für ein Tempolimit). Potenzielle LINKE-Wähler*innen, die eher Bündnis 90/Die Grünen ihre Stimme geben, stimmen dieser Maßnahme mit 79 Prozent überdurchschnittlich häufig zu, entschiedene LINKE-Wähler*innen zu 67 Prozent, Wähler*innen, die zur SPD neigen, noch zu 58 Prozent (Nichtwähler*innen: zu 47 %).

Den **Strom für Vielverbraucher*innen zu verteuern und für Geringverbraucher*innen zu senken** betrachten **49 Prozent** als **richtige oder sehr richtige Maßnahme** zum Schutz des Klimas und für den sozialen Ausgleich. **Vor allem Geringverdiener*innen mit einem Haushaltsein-**

kommen von unter 1.500 Euro monatlich befürworten diese Maßnahme (zu 76 %). Angesichts rasant steigender Energiepreise überwiegt zurzeit vermutlich vor allem der soziale Aspekt dieser Maßnahme, während die klimapolitische Steuerungsfunktion etwas in den Hintergrund tritt. Von den SPD-Wähler*innen, die mit der LINKEN sympathisieren, befürworten vermutlich deswegen 59 Prozent diese Maßnahme, bei jenen, die zu Bündnis 90/Die Grünen neigen, sind es hingegen nur 47 Prozent.

Ergo: Konkrete Maßnahmen der LINKEN zum Schutz des Klimas und für den sozialen Ausgleich werden am stärksten von Geringverdiener*innen (monatliches Haushaltseinkommen unter 1.500 Euro) befürwortet. Es ist also nicht so, dass die sozial-ökologische Transformation eine Frage der urbanen Mittelschichten mit gutem Einkommen (der sog. Besserverdienenden) wäre. Vielmehr ist sie eine Klassenfrage, die von den Ärmsten auch als solche betrachtet wird. Forderungen und Projekte, die die ökologische und soziale Frage verbinden, können also potenziell mehr leisten als nur die Verteidigung und den Schutz der «kleinen Leute» vor Klimaschutzmaßnahmen der Regierung. Dies wird auch im nächsten Abschnitt bekräftigt.

Abbildung 7: Verteilung der Zustimmungswerte zu sozial-ökologischen Maßnahmen nach Haushaltseinkommen der Befragten

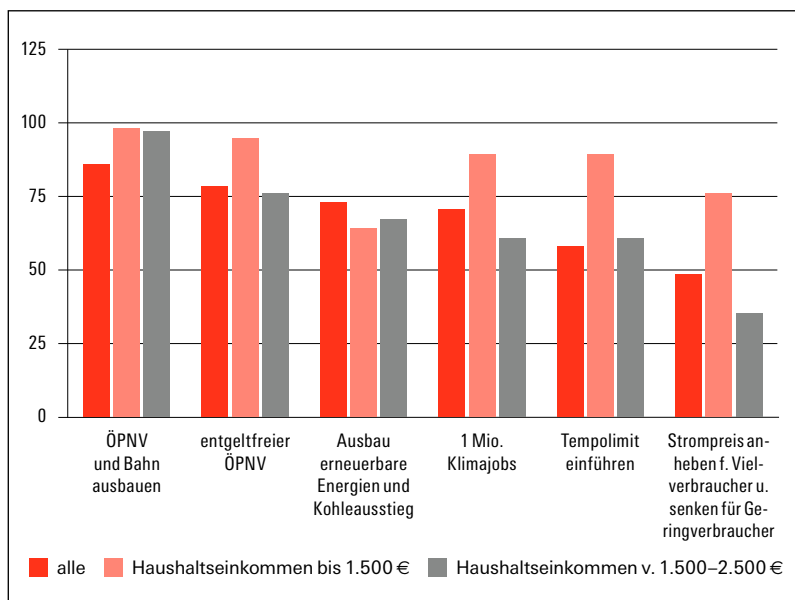
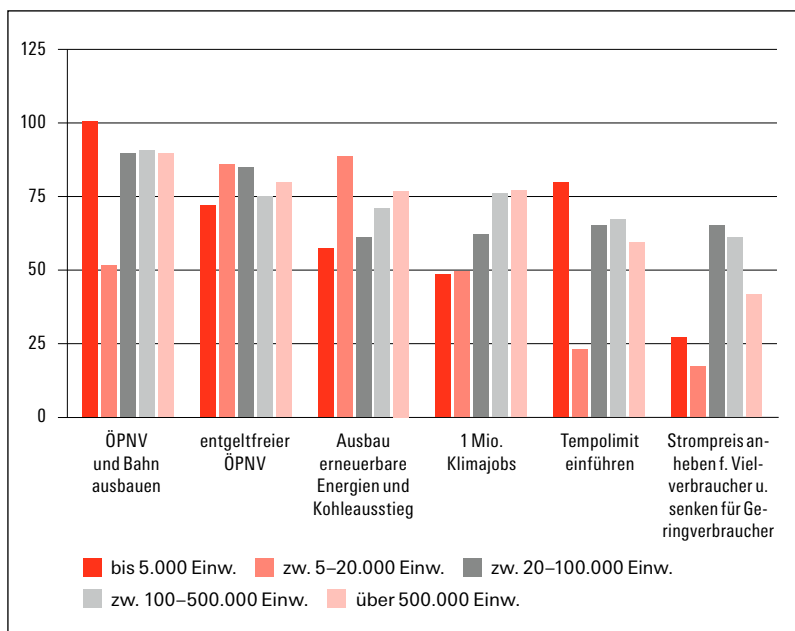


Abbildung 8: Verteilung der Zustimmungswerte zu sozial-ökologischen Maßnahmen nach Wohnort der Befragten



5 KLIMASCHUTZ ODER GUTE ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG? EIN GEGENSATZ? DIE MEHRHEIT DER BEFRAGTEN SAGT: NEIN

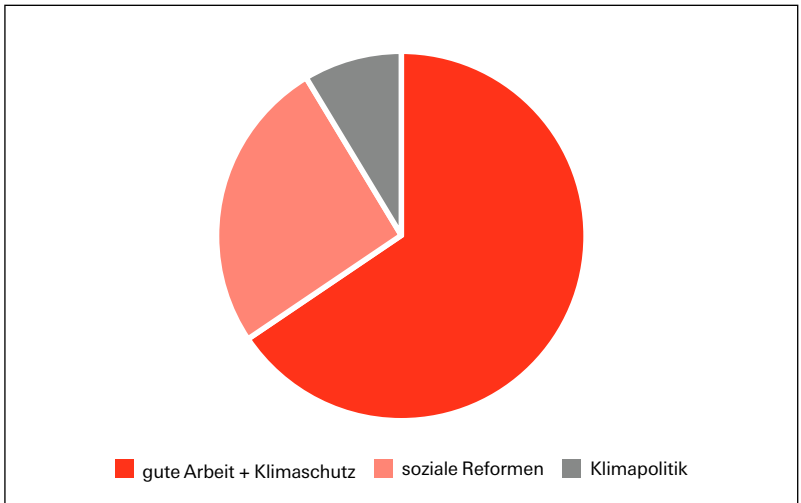
Eine deutliche Mehrheit von **61 Prozent** der Befragten, die angeben, potenziell die LINKEN wählen zu wollen, befürwortet, dass die **Partei Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandelt**, das Soziale und das Ökologische also systematisch miteinander verknüpft (diese Position korreliert nicht mit dem Wohnort).

Nur 8 Prozent der Befragten wollen der **Klimapolitik einen Vorrang einräumen**. Überdurchschnittlich häufig ist dies bei Menschen mit formal einfachen Bildungsabschlüssen (18%) der Fall sowie bei der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen (19%). **Die stärkste Zustimmung hierfür gibt es mit 21 Prozent bei den Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro.**

Immerhin 24 Prozent fordern, dass sich die Partei **vorrangig für soziale Reformen** einsetzen soll (bei Nicht-Wähler*innen, die der LINKEN zuneigen, sind es 26%). Überdurchschnittlich stark vertreten (mit 30%) ist die Forderung nach einem Vorrang von sozialen Reformen in der großstädtischen Bevölkerung (denjenigen, die in Orten mit über 500.000 Einwohner*innen wohnen) und bei Personen mit einem Haushaltseinkommen von über 3.500 Euro (34%). Bei denjenigen, die bei der Bundestagswahl 2021 für die **SPD** gestimmt haben, sind überdurchschnittlich viele für einen Vorrang von sozialen Reformen (34%), dennoch sind auch 45 Prozent für eine gleichrangige Behandlung und Verbindung von Beschäftigung und Klimaschutz. Wer 2021 **Bündnis 90/Die Grünen** gewählt hat, ist zu 87 Prozent dafür, Klimaschutz mit Maßnahmen für gute Arbeit und Beschäftigung zu verbinden, nur 11 Prozent wollen bevorzugt soziale Reformen, nur 3 Prozent sprechen sich für einen Vorrang der Klimapolitik aus. Bei den **Nichtwähler*innen** beträgt der Anteil, der eine Verbindung von Beschäftigungs- und Klimapolitik befürwortet, 54 Prozent, 26 Prozent plädieren für einen Vorrang von sozialen Reformen (das liegt knapp über dem Durchschnittswert von 24%).

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden von **Gewerkschaftsmitgliedern** überdurchschnittlich stark unterstützt. Sie stimmen zu 65 Prozent der Forderung zu, die Partei solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Aufgaben betrachten und das Soziale und Ökologische systematisch miteinander verbinden (bei den Nicht-Mitgliedern sind es nur 60 %). 28 Prozent der Gewerkschaftsangehörigen plädieren für einen Vorrang von sozialen Reformen.

Abbildung 9: Antworten auf die Frage: Worauf sollte sich DIE LINKE konzentrieren?



6 WAS SIND DIE WICHTIGSTEN GRÜNDE, DIE LINKE NICHT ZU WÄHLEN?

Am häufigsten (zu 43 %) werden die außenpolitischen Positionen der LINKEN als Grund genannt, warum diejenigen, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen, es derzeit nicht tun. Mit Abstand von 20 Prozentpunkten kommen danach als am häufigsten genannten Hinderungsgründe die Ablehnung der LINKEN von Krieg (24 %) und die von den LINKEN verfolgte Wirtschaftspolitik (22 %). Dabei nennen diejenigen, deren **erste Parteipräferenz die SPD ist, die Außenpolitik überdurchschnittlich häufig** (zu 60 %) als Wahlhinderungsgrund, bei denjenigen, die bei der Bundestagswahl SPD gewählt haben, sind es 55 Prozent. Bei den Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen ist die Ablehnung der Außenpolitik der LINKEN noch stärker ausgeprägt (62 % nennen sie als Wahlhinderungsgrund), die Ablehnung der LINKEN von Krieg dagegen taucht nur bei 43 Prozent (und das ist der Durchschnittswert) als Begründung dafür auf, dass sie die Partei nicht wählen. Bei denen, die bei der Bundestagswahl 2021 DIE LINKE gewählt haben, das aber zum Zeitpunkt der Befragung nicht tun würden, liegt die Außenpolitik mit 68 Prozent als Begründung weit vorn. Die **Ablehnung von Krieg** wurde – obwohl der Befragungszeitraum bereits nach Beginn des Ukraine-Krieges lag – bei den LINKE-Wähler*innen nicht wesentlich häufiger als Grund genannt als im August 2020. Es gab hier einen Anstieg von 21 auf 24 Prozent. **Es zeigt sich erneut ein deutlicher Unterschied bei der Wahrnehmung der allgemeinen «Außenpolitik» und der eher wertebasierten «Ablehnung von Krieg».** Die unterschiedliche Bedeutung wird auch deutlich, wenn nach der Gewichtung der Ablehnungsgründe gefragt wird: Hier steigt die Außenpolitik auf 32 Prozent, die Ablehnung von Krieg sinkt auf 10 Prozent.

O-Töne aus der offenen Befragung: «Also das mit dem NATO-Austritt, das ist irgendwie nicht realistisch.» (Wobei anzumerken ist, dass DIE LINKE diesen gar nicht fordert.) Oder auch: «Was nicht ganz gefällt, ist die Bundeswehrabschaffung, weil Demokratie, die sich nicht wehren kann, ist keine Demokratie.» Auch hier ist zu ergänzen, dass DIE LINKE gar keine Abschaffung der Bundeswehr fordert, aber so sind manchmal die Zuschreibungen, mit denen Parteien konfrontiert sind, wenn sie NATO- oder bundeswehrkritisch argumentieren.

Umgekehrt werden die friedenspolitischen Positionen der Partei häufig gerade als Grund für die Wahl der LINKEN genannt. Vielfach fallen Sätze wie: «Die einzige Partei, die pazifistisch ist.» Oder: Die ist «gegen Krieg und für sozialen Ausgleich». Und sie sei «grundsätzlich gegen Waffenlieferungen». Aber auch: «Ich bin für DIE LINKE, weil die immer gegen Waffenlieferung und Kriege sind. Da bin ich auch dagegen. Aber in der Ukraine, also in diesem Krieg, da sind sie auch gegen die Waffenlieferung, und deswegen bin ich jetzt doch wieder gegen DIE LINKE.»

Es ist also nicht so, dass die friedenspolitischen Grundlagen der Partei ein Hinderungsgrund für die Wahl der LINKEN sind. Aus den Kantar-Untersuchungen aus dem August 2020 wissen wir, dass die Ablehnung von Krieg (nach der Sozialpolitik) anders als die Außenpolitik auch ein starker positiver Grund ist, sich für DIE LINKE zu entscheiden.³

Bei den **Nichtwähler*innen spielt der Wahlhinderungsgrund Außenpolitik nur eine unterdurchschnittliche Rolle** (17% gaben ihn an). Auch die Wirtschaftspolitik der LINKEN scheint in dieser Gruppe offensichtlich von geringer Bedeutung für die Wahlentscheidung zu sein. Anders ist das bei **der Umweltpolitik** (hier liegen die Werte bei 20% und damit über dem Durchschnitt von 15%). Überdurchschnittlich viele der Nicht-Wähler*innen gaben «nichts davon» als Antwort auf die Frage an, was sie von einer Wahl der LINKEN abhalten würde, was vermuten lässt, dass noch weitere Gründe für die Nicht-Wahl bestehen.

Der Anteil, der angibt, die von der LINKEN verfolgte Flüchtlingspolitik halte sie davon ab, die Partei zu wählen, ist seit August 2020 von 26 auf 15 Prozent gefallen, bei denjenigen, die 2021 Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben, sogar auf 5 Prozent. Die von der LINKEN verfolgte **Wirtschaftspolitik** wird wie auch schon 2020 vor allem von denjenigen als Hinderungsgrund gesehen, die sozialdemokratisch wählen (37%; Durchschnitt: 22%; bei Grünen-Wähler*innen: 11%). **Gewerkschafter*innen geben** ebenfalls die Außenpolitik der LINKEN, ihre Ablehnung von Krieg, ihre Wirtschaftspolitik und überdurchschnittlich häufig auch ihre Umweltpolitik (23%; Durchschnitt: 15%) als Hauptgründe an, warum sie nicht DIE LINKE wählen.

3 Vgl. hierzu Kaindl, Christina: Wo sind sie geblieben? Wähler*innen auf Wanderung, 14.1.2022, unter: www.links-bewegt.de/de/article/470.wo-sind-sie-geblieben-waehler-innen-auf-wanderung.html.

Weitere **O-Töne**: Immer wieder wird der Zustand der Partei kritisiert, der gegen eine Wahl sprechen würde. Häufig äußern die Befragten Zweifel, ob sie beim nächsten Mal wieder DIE LINKE wählen werden, weil die LINKEN «so **zerstritten** sind». «Zeigt sich die Partei wieder organisierter, könnte ich mir vorstellen, sie wieder zu wählen.» Auch andere gaben an, sie schwankten noch. «[DIE LINKE] habe gute Ansätze, aber es scheitert immer an der Umsetzung – und die innere Zerstrittenheit geht gar nicht.» Und grundsätzlicher: «Ich würde nur DIE LINKE wählen, aber ich wähle nicht. Wählen bringt nix.» Oder: «Gute Positionen, aber wenn sie an der Regierung mit dabei sind, kann man es natürlich nicht wissen ... »

Kaum eine Rolle scheint bei der Entscheidung für eine (Nicht-)Wahl der LINKEN ihre Geschichte und Herkunft als Nachfolgepartei der PDS bzw. SED zu spielen: Nur einmal wurde angegeben, «wegen der DDR und der Mauer» die Partei nicht wählen zu wollen.

7 UNTERSCHIEDE ZWISCHEN OST UND WEST: GEFÄLLE BEI RENTEN, EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Diejenigen, für die eine Wahl der LINKEN infrage kommt, sehen die größten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland immer noch beim **Gefälle von Renten, Einkommen und Vermögen** (69 %) sowie bei der Wirtschaftskraft (63 %).

Hier unterscheiden sich die Wahrnehmungen in Ost und West: Das **Gefälle bei Renten, Einkommen und Vermögen** erleben 94 Prozent der Befragten aus dem Osten als (sehr) stark (im Westen sind es lediglich 61 %). Diese Unterschiede werden von Menschen mit einem Haushaltseinkommen unter 1.500 Euro im Osten zu 99 Prozent gesehen, bei der entsprechenden Einkommensklasse im Westen nur zu 36 Prozent. Am wenigsten stark wird dieser Unterschied von Menschen mit einem Haushaltseinkommen von 3.500 Euro oder mehr wahrgenommen: Hier sind es 74 Prozent im Osten bzw. 65 Prozent im Westen.

Die **Wirtschaftskraft** wird im Osten von 75 Prozent als (sehr) stark unterschiedlich wahrgenommen (im Westen von 68 %). Hier unterscheiden sich die 30- bis 39-Jährigen (im Osten), die zu 100 Prozent Unterschiede in der Wirtschaftskraft sehen, von den 40- bis 49-Jährigen, die das nur zu 57 Prozent tun. Im Westen werden diese Unterschiede vor allem von Menschen mit einem Haushaltseinkommen zwischen 2.500 und 3.500 Euro wahrgenommen; im Osten ist die Wahrnehmung der Kluft in dieser Einkommensklasse am geringsten (45 %).

Die **Aufstiegschancen** bewerten 59 Prozent im Osten als (sehr) stark unterschiedlich (im Westen: 46 %), am wenigsten stimmen dieser Einschätzung die 40- bis 59-Jährigen (im Osten: 47 %, im Westen: 32 %) und die über 60-Jährigen (im Osten: 44 %, im Westen: 29 %) zu, am stärksten die Anhänger*innen der LINKEN (im Osten: 72 %, im Westen: 73 %). Diese Wahrnehmung findet sich also stärker im engeren als im weiter gefassten potenziellen Wähler*innenkreis der LINKEN.

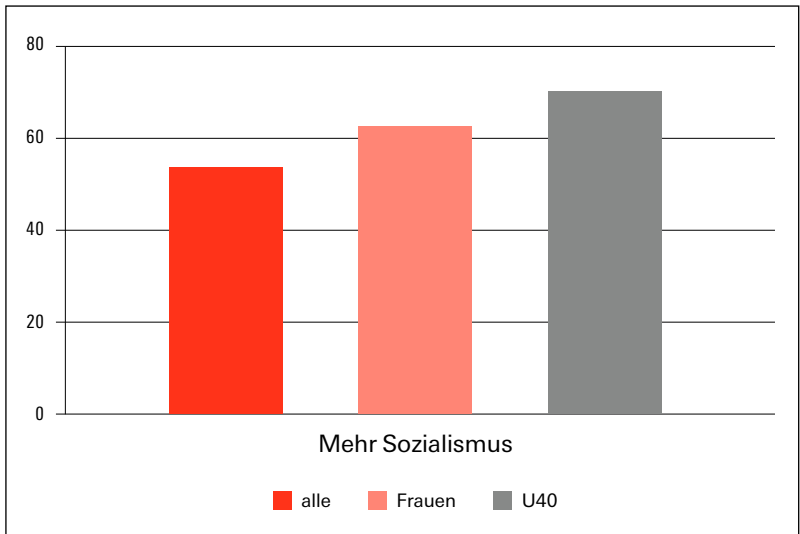
Beim **Gefälle bei der öffentlichen Daseinsvorsorge** liegen die Werte enger zusammen: Im Osten beträgt der Anteil, der hier eine große Diskrepanz erkennt, 38 Prozent, im Westen 36 Prozent. Bei den unter 29-Jährigen nehmen 62 Prozent im Osten (starke) Unterschiede bei der Daseinsvorsorge wahr.⁴

4 Fraglich ist, was die Befragten unter dem Begriff Daseinsvorsorge verstehen.

8 ALTERNATIVEN ZUM KAPITALISMUS UND MEHR SOZIALISMUS?

54 Prozent der Wähler*innen finden, DIE LINKE solle für **mehr Sozialismus** eintreten – und dies quer zu den Einkommensklassen. Vor allem Frauen unterstützen diese Forderung (mit 63%). Je jünger die Befragten sind, desto stärker stimmen sie dieser zu (U40: 71%). Dass DIE LINKE stärker für eine **Alternative zum Kapitalismus** eintreten soll, dafür sprechen sich Gewerkschafter*innen mit 76 Prozent weitaus häufiger aus als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Dies gilt ebenso für die Forderung nach mehr Sozialismus (62 zu 53%).

Abbildung 10: Zustimmung zu der Forderung «Mehr Sozialismus wagen»



Eine Begründung für die Wahl der LINKEN, die häufiger bei der offenen Befragung genannt wurde, lautet kurz und bündig: «Weil ich Sozialist bin!» Oder: «Die Linke ist gegen den Kapitalismus.»

FAZIT

Es ist also ein stabiles Potenzial für eine sozial-ökologisch ausgerichtete linke Partei mit sozialistischer Perspektive vorhanden, entsprechende Konzepte und Kampagnen vorausgesetzt. Die Ausschöpfung dieses Potenzials gelingt bisher nicht. Damit dies möglich wird, müssen zunächst die parteiinternen Probleme gelöst, das heißt vor allem die unproduktiven harten internen Auseinandersetzungen beendet und befriedet werden. Nur so können Ausstrahlungskraft und Glaubwürdigkeit gemeinsam zurückgewonnen werden.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüsslein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-51-5 · Redaktionsschluss: Mai 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.